



Vergewaltigung durch Uniformierte – weder als asylrelevant noch als frauenspezifischer Fluchtgrund anerkannt

Fall 58/ 19.12.2008 Eine Flüchtlingsfrau erfährt in der Schweiz eine Retraumatisierung nach einem unverhältnismässigen Polizeieinsatz, sie erhält eine vorläufige Aufnahme, ihr ursprüngliches Trauma wird ihr jedoch nicht geglaubt.

Schlüsselworte : Retraumatisierung durch Schweizer Polizisten; [Asylgesetz Art. 3](#) Frauenspezifische Fluchtgründe, [Asylgesetz Art. 44 Abs. 2](#) Vorläufige Aufnahme wegen Unzumutbarkeit der Wegweisung; [Ausländergesetz Art. 83](#); [Ausländergesetz Art. 84](#)

Person/en : „Nadine“ geb. 1977

Heimatland: Ruanda

Aufenthaltsstatus: abgewiesene
vorläufige Aufnahme

Asylbewerberin,

Zusammenfassung des Falls (ausführlich auf der Hinterseite)

«Nadine» ist beim Genozid der Volksgruppe der Tutsis 1994 in Ruanda selber von der Gewalt betroffen, als ihre Familie verfolgte Tutsis bei sich aufnimmt. 9 Jahre später, als sie sich bei den Präsidentschaftswahlen weigert Wahlzettel zu manipulieren, wird sie von zwei Uniformierten vergewaltigt. In der Schweiz wollen ihr die Behörden kein Asyl gewähren, da man ihr die staatliche Verfolgung nicht glaubt.

Als «Nadine» von Schweizer Polizisten bei einem Transfer in eine andere Asylunterkunft unverhältnismässig gewalttätig behandelt wird, kommt es zu einer Retraumatisierung und zum psychischen Zusammenbruch. Dieser hat einen 5-monatigen psychiatrischen Aufenthalt zur Folge und bis heute benötigt sie intensive psychische Betreuung. «Nadine» erhält eine vorläufige Aufnahme, da ihr Gesundheitszustand es nicht zulässt sie wieder nach Ruanda zu schicken. Obwohl das Bundesverwaltungsgericht die Retraumatisierung von «Nadine» anerkennt, verneint es weiterhin die Gründe die dazu führten.

Aufzuwerfende Fragen

- **Wieso werden frauenspezifische Fluchtgründe durch zu hohe Beweisanforderungen und das Abstellen auf private nicht flüchtlingsrelevante Verfolgung faktisch ausgehebelt, da doch der Sinn ist, verfolgte Frauen zu einer Besserstellung zu verhelfen?**
- **Wieso werden bei einfachen Amtshandlungen solche unverhältnismässige Methoden seitens der Polizei angewendet?**
- **Wie kann eine Asylsuchende wieder genesen, wenn sie befürchten muss bei Überwindung ihrer psychischen Krankheit wieder an den Ort ihrer Traumatisierung zurückgeschickt zu werden?**

Ergänzende Ausführungen auf der Rückseite

Beobachtungsstelle Ostschweiz für Asyl- und Ausländerrecht

St. Leonhardstr. 63, 9000 St.Gallen, Tel. 071 222 90 66

ostschweiz@beobachtungsstelle.ch

Chronologie

1994 Bürgerkrieg in Ruanda

2003 25.08 „Nadine“ arbeitet als Wahlbeobachterin bei den Präsidentschaftswahlen mit, sie verweigert sich der Wahlmanipulation, einen Tag später wird sie von zwei uniformierten Männer verschleppt und vergewaltigt

2004 24.05 „Nadine“ reist in die Schweiz ein und stellt Asylgesuch, Ablehnung durch das BFF 13.09.2004

2004 11.10 Beschwerde gegen den Entscheid des BFF an die Asylrekurskommission

2006 12.06 Retraumatisierung durch Polizeieinsatz, welcher einen 5-monatigen Klinikaufenthalt zur Folge hat

2008 09.04 Bundesverwaltungsgericht gewährt vorläufige Aufnahme wegen Unzumutbarkeit der Wegweisung

Beschreibung des Falls

1994 erlebt „Nadine“ den Genozid in Ruanda, bei dem innerhalb weniger Monate 800'000 Menschen ermordet werden. Ihre Familie nimmt verfolgte Tutsis auf, Nadine wird durch die Milizen verletzt und die Familie muss flüchten. Neun Jahre später, im Aug 03 engagiert sie sich bei den Präsidentschaftswahlen für die Opposition, indem sie im Geheimen Unterschriften für den Präsidentschaftskandidaten sammelt und bei der Wahl als Wahlbeobachterin mitarbeitet. Als sie sich der Wahlmanipulation zugunsten des an der Macht stehenden Präsidenten verweigert, wird sie einen Tag später von zwei uniformierten Männern vergewaltigt. «Nadine» flüchtet einige Monate später, nachdem sie Drohbriefe erhalten hat, im Mai 2004 in die Schweiz. Im September 2004 wird ihr Asylgesuch abgelehnt, wie auch der Rekurs dagegen.

Das Bundesamt für Migration BFM wie auch das Bundesverwaltungsgericht wollen die Vergewaltigung durch Beamte nicht als flüchtlingsrelevant anerkennen, weil kein unmittelbarer Zusammenhang zu erkennen sei. Bei der Wahl wurden, wie auch Amnesty International bestätigt, nicht nur Kader, sondern auch Helfer und auch Sympathisanten der Opposition von der Polizei schikaniert und Übergriffen ausgesetzt. In Art. 3 des Asylgesetzes steht, dass frauenspezifischen Gründen Rechnung getragen werden muss. Man denke an Zwangsheirat, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung. Solche in der Privatsphäre erlittenen Misshandlungen führen dann zur Asylaufnahme, wenn der jeweilige Staat nicht adäquat davor schützen kann. Weder das BFM, noch das Bundesverwaltungsgericht anerkennen, dass „Nadine“ staatlich verfolgt wurde. Das BFM tut die Vergewaltigung als „isolierte schurkenhafte Tat“ ab, die nichts mit einer staatlichen Verfolgung zu tun hat, zudem habe sie die Vergewaltigung nicht angezeigt. Das letzte Argument berücksichtigt nicht die Realität in vielen Ländern inklusiv die in der Schweiz. Das Bundesverwaltungsgericht zweifelt gar die Vergewaltigung an.

Im Juni 2006 erfolgt der totale psychische Zusammenbruch von «Nadine», anlässlich einer Überreichung eines Hausverbotes und dem damit verbundenen Transfer in eine andere Asylunterkunft wurde die Kantonspolizei beigezogen. Die Beamten zwangen in einem unverhältnismässigen Einsatz «Nadine» mit der Stirn auf den Boden, während einer sie mit dem Knie auf ihrem Genick herunterdrückte. Sie erlitt dabei Verletzungen. Der Einsatz löste eine Retraumatisierung aus., so dass sie vom Oktober 2006 bis März 2007 in einer psychiatrischen Klinik hospitalisiert werden muss. «Nadine» leidet an Depressionen, Flashbacks, Angstzuständen und Suizidgedanken. Auch nach dem Austritt ist es ihr nicht möglich ihren Alltag alleine zu bewältigen. Sie benötigt fast tägliche Gespräche mit einer Psychologin, bei Bedarf finden am Abend und Wochenenden telefonische Sitzungen statt und bei akuten Krisen, muss sie wieder kurzzeitig hospitalisiert werden. Im April gewährt das Bundesverwaltungsgericht «Nadine» eine vorläufige Aufnahme wegen Unzumutbarkeit der Wegweisung, da in Ruanda die von «Nadine» benötigte intensive psychologische Behandlung nicht möglich ist. Als vorläufig Aufgenommene ist sie rechtlich jedoch schlechter gestellt als ein Flüchtling, da sie z.B. keine Reisefreiheit hat. Sie leidet auch unter der Unsicherheit der Vorläufigkeit. Das Bundesverwaltungsgericht bejaht zwar, dass «Nadine» an einen Trauma leidet, will aber die Gründe, die zum Trauma führten nicht anerkennen.

«Nadine» lebt nun in der paradoxen Situation, Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt zwar die Retraumatisierung, die Gründe will es aber nicht anerkennen. «Nadine» kann in der Schweiz bleiben, solange sie wegen ihrer psychischen Krankheit in Behandlung ist, sollte sie aber wieder gesund werden, läuft sie Gefahr wieder an den Ort ihrer Traumatisierung zurückgeschickt zu werden.

Gemeldet von : Afra Weidmann

Quellen : Aktendossier der Betroffenen, Urteil der Schweizerischen Asylrekurskommission vom 9. Okt. 2006; Urgent Action 259 von Amnesty Deutschland betreffend Ruanda vom 1.9.2003; Veronica Sutter: „Wenn Frauen flüchten“ erschienen in Magazin AMNESTY, Feb 2005.